

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/7

Bonn, den 10. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Schwierige Aufgabe</u>	70

Kiesinger und Brandt in Paris

Von Günter Markscheffel

2	<u>Neues Frühwarnsystem der NATO</u>	36
---	--------------------------------------	----

Warnzeichen bei Luftangriffen werden erheblich verkürzt  
Im Vordergrund - verbesserter Schutz der Zivilbevölkerung

3 - 4	<u>Kopenhagen</u>	99
-------	-------------------	----

Regierung Krag vor schweren Aufgaben

Von Max Fahnauer

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND ZENGLENDERUNG bringt heute:

Von Jahr zu Jahr dichter, abweisender und drohender  
Gegen eine Grenze des Unrechts und der Gewalt  
Verantwortungsvolles Urteil der Vertriebenen  
Fünf Frauen aus Ostpreußen  
Bis zu 90 Prozent deutsche Bevölkerung  
ASCHMEIM stellte in Jerusalem aus  
Humanist, Freund und Retter der Bedrängten

+ - -

## Schwierige Aufgabe

Kiesinger und Brandt in Paris

Von Günter Markscheffel

Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt haben an diesem Wochenende in Paris keine leichte Aufgabe. Sie gehen aber in die französische Hauptstadt mit dem festen Vorsatz, einen neuen Anfang zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen zu machen. Diesen Ziel sind einige seit Monaten offengebliebene Fragen untergeordnet. In Paris und Bonn ist man gleichermaßen bestrebt, zunächst diejenigen Probleme anzupacken und ihrer Lösung entgegenzuführen, die seit mindestens einem Jahr zwar Gesprächsstoff bei Rottinetreffen deutscher und französischer Diplomaten waren, aber wegen der seit ebenso langer Zeit schwelenden Regierungskrise und vielleicht auch wegen gewisser Lähmungserscheinungen in der deutschen Außenpolitik nicht geklärt werden konnten:

Aus diesem Grunde wäre es falsch, von dem ersten deutsch-französischen Treffen auf höchster Ebene nach dem Regierungswechsel in Bonn spektakuläre Ergebnisse zu erwarten. Vielmehr dürfte es darum gehen, einige prinzipielle Deutschland und Frankreich gleichermaßen berührende Ziele auszuloten und - wenn möglich - festzulegen.

Was die deutsche Seite anbetrifft, so handelt es sich dabei ohne Zweifel um die Überlegung, welche Flankenhilfe Frankreich der deutschen Politik bei ihren Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten bieten kann. Es ist kein Geheimnis, daß der französische Staatspräsident in dieser Beziehung bestimmte Vorstellungen hat und sicher auch bereit sein dürfte, das deutsche Streben nach einer Entspannung in Europa zu unterstützen. In welcher Form das geschehen kann und ob der französische Staatspräsident bereits bestimmte Vorschläge für diesen Teil der deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa auf den Tisch legen wird, dürfte sich erst in Paris bei den Gesprächen zeigen.

Das zweite wichtige Gesprächsthema sind alle Fragen, die im Zusammenhang mit dem von England geäußerten Wunsch zum Beitritt zur EWG stehen. Der britische Außenminister Brown hat kürzlich in Rom auf der Konferenz der sozialdemokratischen Parteiführer erklärt, Großbritannien habe diesen Wunsch im vollen Bewußtsein der Verpflichtungen erneut angemeldet, die sich für sein Land beim Beitritt zur EWG aus den Verträgen von Rom ergeben würden. Um festzustellen, wie die Regierungen der in der

EWG zusammengeschlossenen Staaten den Wünschen Großbritanniens begegnet werden, begibt sich der britische Premierminister Wilson demnächst auf eine Rundreise in die europäischen Hauptstädte. Von deutscher Seite wird das britische Anliegen unterstützt. Wie es heißt, befürwortet auch Frankreich im Prinzip den Beitritt Großbritanniens zur EWG, hat jedoch einige Reserven politischer und wirtschaftlicher Art angemeldet. Bei dem Treffen de Gaulle - Kissinger wird also geklärt werden müssen, inwieweit die deutschen und die französischen Ansichten miteinander in Einklang gebracht werden können, ohne daß dadurch erneut eine Situation entsteht wie im Jahre 1963.

In den Rahmen dieser Überlegungen gehört auch die Vorbereitung der Gipfelkonferenz der EWG-Staaten in Rom, die im März dieses Jahres aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stattfindet. Niemand dürfte jedoch ein Interesse daran haben, daß die Besprechungen über diesen Punkt als eine Art Vorabgespräch zwischen Bonn und Paris für Rom ausgelegt werden könnten. In beiden Hauptstädten besteht der Wunsch, die EWG noch effektiver zu machen. Dieser Wunsch kommt auch den anderen Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entgegen. Infolgedessen können weder Paris noch Bonn etwa Absichtserklärungen formulieren, die nicht in jeder Beziehung die Zustimmung der übrigen EWG-Partner finden würden.

Über diesen Themenkreis hinaus werden sich naturgemäß bei den Pariser Besprechungen an diesem Wochenende auch einige mehr bilateral zu schandelnde Überlegungen ergeben, die schon seit langer Zeit das Bonner und das Pariser Außenministerium beschäftigen. Dazu gehören u.a. gemeinsame Forschungsvorhaben, das deutsch-französische Jugendwerk und vielleicht auch der verstärkte deutsch-französische Kulturaustausch. Hierbei haben jedoch die Experten das Wort, zumal im Grundsätzlichen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bereits Übereinstimmung besteht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß dem deutschen Bundeskanzler und dem Außenminister ein hartes Wochenende in Paris bevorsteht. Da beide, gestützt auf die gemeinsame Regierungserklärung, mit dem Willen nach Paris gehen, das deutsch-französische Verhältnis zu verbessern und den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zu aktivieren, können sie auch bei möglicherweise auftretenden Meinungsverschiedenheiten einen gewissen realistischen Optimismus in ihren Reisegepäck mitnehmen.

## Neues Frühwarnsystem der NATO

Warnzeiten bei Luftangriffen werden erheblich verkürzt

BR - Die NATO will zwischen dem Nordkap und der Türkei nunmehr mit der Installierung eines Frühwarnsystems beginnen. Für rund 1,2 Milliarden DM sollen die bisherigen schon eingebauten Anlagen so umgebaut werden, daß die unter NATO-Kontrolle stehenden Radargeräte künftig in der Lage sind, sämtliche Flugkörper über Sowjetrußland zu erkennen, wenn diese sich etwa westlich der Linie Archangelsk, Moskau, Astrachan bewegen. - Der Einbau des Frühwarnsystems mit seinen höchst komplizierten elektronischen Anlagen wird unter der Regie der amerikanischen Hughes Aircraft Company erfolgen. Ein Konsortium europäischer Firmen, auch deutscher, wird in den nächsten drei bis vier Jahren an den Installationsarbeiten beteiligt sein.

Bei dieser Einrichtung handelt es sich um eine Defensiv-Anlage. Man will rechtzeitig erkennen, wenn aus dem Osten Raketen oder Kampflugzeuge herankommen. Außerdem soll das Frühwarnsystem in der Lage sein, eindeutig zu erkennen, ob Flugkörper mit Aggressionsabsichten herangeflogen kommen. Für diesen Fall ist man dann rechtzeitig in der Lage, Abfangjäger und Luftabwehrraketen zu entsenden.

Der wesentliche Vorteil des sogenannten MADGB-Systems liegt aber in der rechtzeitigen Warnung der Zivilbevölkerung und da vor allem der der Bundesrepublik. Bisher gab es Warnzeiten von ganz wenigen Minuten. Sie reichten nicht einmal aus, um den Koller im eigenen Haus aufzusuchen, jedenfalls wenn man im Osten der Bundesrepublik wohnte. Künftig wird man hier von Warnzeiten ausgehen können, die schätzungsweise bei zehn Minuten liegen.

Alle NATO-Partner werden sich am Aufbau des Frühwarnsystems beteiligen, das auch hochmoderne elektronische Datenverarbeitungen einschließt und so die Entscheidungen in den hohen Befehlszentralen der NATO erleichtert. Die französische Regierung hat erklärt, sie werde sich gleichfalls von dem Umbau des Frühwarnsystems auf noch größere Erkennweiten nicht ausschließen. Allerdings ist Frankreich nicht mehr mit der Befehlsstruktur der NATO verbunden. Das schließt schwierige Kommando-probleme ein. Frankreich wird zwar durch das Frühwarnsystem nach Osten abgeschirmt, aber in welcher Form sollen die französischen Behörden laufend unterrichtet werden? Im besonderen Interesse der Bundesrepublik liegt es, daß es hier zu reibungslosen Befehlsträngen zu den hohen französischen Kommandostäben kommt.

Kopenhagen

Regierung Krag vor schweren Aufgaben

Von Max Fahnauer

Nahezu 200 Jahre war Dänemark ein Land der Kleinbauern, heute ist es ein moderner Industriestaat, jedoch ohne jede Rohstoffbasis. Trotzdem überragt der Lebensstandard seiner Bewohner den der Bundesbürger. Bauern und Kleinbürger bestimmten bisher das politische Gesicht des Staates. Nie war es einer Partei oder Richtung gelungen, eine Mehrheit zu erzielen. Kompromisse waren notwendig. Durch Jahrzehnte gab es eine ziemlich stabile politische Lage. Die Sozialdemokraten, seit 1915 an den meisten Regierungen beteiligt, oder als Minderheitsregierung, schufen zwar manchen Fortschritt, ihr Programm aber konnten sie niemals ganz durchsetzen.

Die Steuerreform von 1861, damals sehr fortschrittlich, führte im Laufe der Jahrzehnte zu Privilegien für die Schicht der Selbständigen, die nur ihr Nettoeinkommen zu versteuern brauchte und sich jährlich mehrere Milliarden unversteuerbares Einkommen schuf, während alle mit unselbständigem Einkommen den Bruttoverdienst versteuerten. Die unanständig hohen Gewinne aus der Grundstücksspekulation und der Wohnbaufinanzierung schufen schließlich eine Stimmung, die in der letzten Zeit der regierenden Sozialdemokraten beachtliche Stimmenverluste zuzügte und der sozialistischen Volkspartei, deren Kern ausschließlich aus ehemaligen Kommunisten besteht, zu 20 Mandaten im Folketing verhalf. Der Zwang, das Wohnbaudarlehen in Obligationen umzuwandeln, wobei oft ein Verlust bis zu 40 Prozent eintrat und eine dementsprechende Vertiefung der Mieten, radikalisierte weite Wählerschichten weit mehr als die Außenpolitik. NATO und Vietnamkrieg spielten zwar bei Versammlungen und in der Presse eine spektakuläre Rolle, aber weit weniger bei den Wahlüberlegungen.

Die alte Erfahrung, daß aus der Landwirtschaft abwandernde Kräfte längere Zeit brauchen, um die politischen Vorstellungen ihrer Jugendzeit abzulegen und jene Parteien zu wählen, die ihrem gegenwärtigen gesellschaftlichen Dasein mehr entsprechen, bewahrheitete sich auch in Dänemark. An Zahl und Einkommen spielt die Landwirtschaft eine minder wichtige Rolle als in der Politik. Erstmals bei den Wahlen vom 22. November 1966 erhielt Dänemark eine Linksmehrheit. Völlig verschwand die reaktionäre Partei der Unabhängigen zugunsten der beiden linksliberalen Parteien.

Umdenken bei den Sozialdemokraten

Der Zwang für den Staatsminister J.O. Krag, sich eine parlamentarische Mehrheit zu sichern, führte innerhalb der Sozialdemokratie zu einem Umdenken. Hatte man bisher jede Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Volkspartei des Altkommunisten Axel Larsen abgelehnt, so verhandelte man nach der Wahl über eine gemeinsame Regierung. Dabei zeigte sich, daß A. Larsen die meisten seiner alten Lieblingsvorstellungen über Bord geworfen hatte und sich in den meisten Punkten nur in leichten Nuancen von der Sozialdemokratie unterschied. Das Verhandlungsprotokoll über die Einigung in der Frage der gemeinsamen Regierung zeigt neben einer langen Reihe gemeinsamer Forderungen auch die ausdrückliche Anerkennung des Militärbudgets für 1967/68, und nur für den Fall einer weiteren Beruhigung der internationalen Lage sollte überprüft werden, ob eine Kürzung der Verteidigungsausgaben möglich wäre. Einsparungen im Verteidigungsetat sollten möglichst durch Rationalisierungen erfolgen. Ein Austritt aus der NATO wurde von der SF nicht gefordert.

Während die Sozialdemokraten die Koalitionsverhandlungen und das Verhandlungsprotokoll zustimmend aufnahmen, führte beides in der Partei Axel Larsens zu erheblichen Spannungen, die bis heute anhalten. Das Verhandlungsprotokoll wurde mit einer Stimm-Mehrheit abgelehnt und erst dann kam die Forderung, 1969 eine Volksabstimmung über den Austritt aus der NATO durchzuführen. Nach der dänischen Verfassung können zwar Volksabstimmungen durchgeführt werden, aber sie bilden keine Regierung. Bei einer Mehrheit für den NATO-Austritt, die sehr unwahrscheinlich ist, wäre trotzdem im Parlament eine Mehrheit für den Verbleib vorhanden.

Die Sinne der Bevölkerungsmehrheit aber bewegen Handels- und Exportfragen mehr als anderswo. Dänemark, das zu der kleinen Gruppe der Staaten mit der größten pro-Kopf-Quote im Außenhandel gehört, ist gegenüber Veränderung im Außenhandel sehr empfindlich. Der Protektionismus der EWG läßt nur zwei Möglichkeiten offen. Entweder den Anschluß an die EWG, der heute aber zweifelhaft erscheint, oder die Ausweitung seines Handels mit den Ostblockstaaten. Die Oststaaten sind daran sehr interessiert. Für Dänemark birgt eine solche Umlegung das Risiko der politischen Bindungen in sich. Weite Kreise der Bevölkerung fürchten aber, nach den Wahlerfolgen der NPD, eine neue nazistische Welle in der Bundesrepublik mit den möglichen Folgen wie zur Hitlerzeit und so wenden sie sich rein gefühlsmäßig lieber dem Osten zu.

#### Notwendige Reformen

Noch ist es nicht so weit. Vorerst regiert der Sozialdemokrat Krag weiter. Mit Hilfe der Volkssozialisten kommen jetzt eine lange Reihe notwendiger Reformen wie z.B. die Verbesserung der Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung, der Ferienordnung und der Ausbau der allgemeinen Pensionsgesetze, die wertbeständig sein sollen und den Versicherten mindestens 60 Prozent des früheren Einkommens garantieren. Die Steuerreform ist bereits gesichert und auch der Mietvergleich, jenes unglückliche Kompromiß für die Mieter, dürfte keine Lebensdauer mehr haben. Schwieriger wird die Neuordnung der Einkommenspolitik sein. Während nun die seit Jahrzehnten erstarrten bürgerlichen Parteien sich revidieren, beginnen in der Gruppe der Volkssozialisten die Gegensätze zwischen dem Flügel der Reformen und den Radikalen sich zu verschärfen. Niemand aber hält neue Regierungsverhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Volkssozialisten für ausgeschlossen. Manche Politiker sind sogar überzeugt davon, daß diese kein Jahr auf sich warten lassen. Ebenso sicher ist, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige außenpolitische Linie beibehalten wird.

Die Wahl des bisherigen Außenministers Per Hækkerup zum Fraktionsführer war der beste Griff. Dieser populärste Politiker Dänemarks hat die Fraktion fest in der Hand und er hat auch festurissene Vorstellungen über die notwendigen Reformen und genügend Energie sie auch durchzusetzen. Eine andere Frage ist die längst fällige Umwandlung der Gewerkschaften in zeitentsprechende Organisationen. Bisher haben diese noch den Charakter von Innungen. Da sie zumeist kollektiv der Sozialdemokratie angeschlossen sind, übten sie auch den entscheidenden Einfluß auf die Partei aus. Auch hier kündigen sich neue Töne an.